

Der Bundesrat betreibt Politik ohne die Hauptbetroffenen

Offener Brief des Schweizer Bauernverbands (SBV) an die Landesregierung.

Sehr geehrte Bundesrätinnen und Bundesräte

Am 13. April 2022 haben Sie das erste Verordnungspaket zur Umsetzung der Pa. Iv. 19.475 verabschiedet. Wir betonen, dass der SBV weiterhin hinter der vom Parlament beschlossenen Pa. Iv. 19.475 steht und sich hinter die im Rahmen der Abstimmungskampagne gemachten Versprechen stellt.

Mit dem ersten Verordnungspaket haben Sie jedoch Massnahmen beschlossen, die weit über die Pa. Iv. 19.475 hinaus-schiessen und die inländische Lebensmittelproduktion massiv schwächen. Die Beschlüsse sind vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges und der damit verbundenen Schwierigkeiten in der internationalen Lebensmittelversorgung noch viel weniger verständlich. Der Vorstand des SBV kritisiert am Verordnungspaket folgende Punkte:

Politik ohne die Hauptbetroffenen: Für uns ist unverständlich, dass Sie die Beschlüsse ohne ausreichende Berücksichtigung der Einschätzung der hauptbetroffenen Bauernfamilien und der für die Umsetzung verantwortlichen Kantone gefällt haben. Mit der Nichtberücksichtigung der Anliegen schwächen Sie den Willen des Sektors, die



«Unverständlich»: Mit den 3,5% BFF auf dem Acker werden laut SBV rund 10000 ha aus der Produktion genommen. (Bild Agroscope)

vom Parlament beschlossene Pa. Iv. 19.475 in grosser Eigenverantwortung umzusetzen. Die Beschlüsse werden zudem bei Bauernfamilien, aber auch bei den Kantonen zu einem massiven zusätzlichen administrativen Aufwand führen. Dieser ist für viele Betriebe kaum mehr zu bewältigen.

Ergebnisse der Konsultation und Parlamentsbeschluss missachtet: Wir stellen fest, dass Sie die Ergebnisse der Konsultation ungenügend berücksichtigt haben. So haben Sie z. B. bei der Reduktion der Nährstoffverluste eine Zielvorgabe von 20% beschlossen. Dies, obwohl in der Vernehmlassung viele beim Stickstoff eine Reduktion um 10% gefordert haben. Zudem wurde in der parlamentarischen Debatte eine Reduktion um 20% expli-

zit abgelehnt und das Parlament hat den Bundesrat beauftragt, gemeinsam mit der Branche ein realistisches Reduktionsziel festzulegen. Diesem Parlamentsbeschluss sind Sie offensichtlich nicht nachgekommen. Die Branche ist nun bei den Nährstoffverlusten mit einer unrealistischen Zielsetzung konfrontiert.

Unverständliche Schwächung der Lebensmittelproduktion im geopolitischen Kontext: Trotz der kosmetischen Verschiebung einiger Massnahmen um ein Jahr, haben Sie die aktuelle – durch den Ukraine-Krieg hervorgerufene – Situation missachtet. Vor dem Hintergrund der grossen Instabilität auf den internationalen Agrarmärkten ist es unverständlich, dass die inländische Lebensmittelproduktion massiv geschwächt wird. So

ist es z. B. unverständlich, dass über die zwingende Ausscheidung von 3,5% Biodiversitätsförderfläche (BFF) auf dem Ackerland rund 10000 ha bestes Ackerland aus der Lebensmittelproduktion genommen werden obwohl bereits 19% der landwirtschaftlichen Nutzfläche als BFF bewirtschaftet werden. Natürlich kann sich die reiche Schweiz jederzeit auf den internationalen Märkten bedienen. Doch auch unser Land sollte seine Verantwortung im internationalen Ernährungssystem wahrnehmen. Dazu gehört eine angemessene inländische Lebensmittelproduktion.

Die von Ihnen beschlossenen Massnahmen werden sehr negative Auswirkungen haben. Die Massnahmen sind zudem teilweise auf falsche Annahme abgestützt. So wird z. B. gemäss dem erläuternden Bereich zu den Verordnungen von einer Kostensteigerung von 0,5% ausgegangen. In der Realität sind die Produktionskosten jedoch um rund 7% gestiegen.

Wir fordern Sie dringend auf, Ihre Positionen zu überdenken und bei Ihren Entscheidungen die Argumente der Agrarbranche, einschliesslich der Kantone, die für die Umsetzung der Agrarpolitik zuständig sind, zu berücksichtigen. Wir stehen Ihnen für Gespräche zur Verfügung.

Markus Ritter, Präsident SBV,
Martin Rufer, Direktor SBV